



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
- L 212 -

Kiel, 25. September 2008
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

zur 48. Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses

*am Mittwoch, dem 24. September 2008
im Sitzungszimmer 138 des Landtages*

Beginn: 14:10 Uhr

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags der Abgeordneten des SSW betreffend **Alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen**, Drucksache 16/79, fort, und empfahl dem Landtag einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme des Vertreters von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl der Ausschuss dem Landtag sodann, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend **Milchmengensaldierung stoppen**, Drucksache 16/2165, abzulehnen.

Den Bericht der Landesregierung, **Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik**, Drucksache 16/2137, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Die Beratung des Antrags der Abgeordneten des SSW betreffend **Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln**, Drucksache 16/1698, stellte der Ausschuss bis zur Auswertung der schriftlichen Anhörung durch die Fraktionen zurück.

Bezüglich des Antrags der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend **Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften**, Drucksache 16/2183, nahm der Ausschuss zur Kenntnis, dass der federführende Finanzausschuss schriftliche Stellungnahmen einholen wird. Diesem Verfahren schloss sich der Ausschuss an.

Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer**, Drucksache 16/1993, sowie **Den Nationalpark Wattenmeer**

durch Ausweitung der Ölförderung schützen, Drucksache 16/2203, stellte der Ausschuss bis zum Vorliegen der Voten der anderen mit der Beratung befassten Ausschüsse zurück.

Den Antrag der Fraktion der FDP betreffend **Dem ländlichen Raum Entwicklungschancen lassen**, Drucksache 16/2057, stellte der Ausschuss zurück, bis die Stellungnahmen der Kommunen und eine Auswertung durch die Landesregierung dazu vorliegen.

Sodann kam der Ausschuss überein, **Informationsreisen** zu den **Grünen Wochen 2009** und **2010** durchzuführen.

Schluss: 15:15 Uhr

gez. Petra Tschanter